

Das Geschäft mit der Angst: Zur politischen Ökonomie der Jugendgangs in Zentralamerika

Warnecke-Berger, Hannes

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Warnecke-Berger, H. (2021). Das Geschäft mit der Angst: Zur politischen Ökonomie der Jugendgangs in Zentralamerika. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-80357-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Hannes Warnecke-Berger | Essay | 07.10.2021

Das Geschäft mit der Angst

Zur politischen Ökonomie der Jugendgangs in Zentralamerika

Zentralamerika ist eine Region, die sich seit Jahrzehnten durch außerordentlich hohe Gewalttaten auszeichnet. Hierfür verantwortlich gemacht werden vor allem organisierte Jugendgangs, die sogenannten *maras*, deren tatsächliche Rolle jedoch umstritten bleibt. Die vor allem in Honduras, Guatemala und El Salvador aktiven *maras* gelten als das mediale Sinnbild einer Gesellschaft, die in Angst und Schrecken versinkt. Die Gangs sind transnational vernetzt und agieren nicht nur länderübergreifend in Zentralamerika, sondern auch in Mexiko und den USA. Darüber hinaus werden Aktivitäten der *maras* ebenso in Spanien und Italien vermutet. Innerhalb der Szene existieren zwei untereinander verfeindete Großgruppen: *barrio 18* und *mara salvatrucha*, die jeweils wiederum in zahlreiche kleinere Gruppen unterteilt sind. Allen ist jedoch gemein, dass sie von den Regierungen für das Gros der in Zentralamerika verübten Gewalttaten verantwortlich gemacht werden: Ihnen werden unter anderem bis zu 90 Prozent der begangenen Morde sowie umfangreiche Aktivitäten im transnationalen Drogenhandel zugeschrieben. Darüber hinaus werden sie mit Menschenhandel, Schmuggel und nicht zuletzt mit zahllosen Schutzgelderpressungen in Verbindung gebracht.¹ Viele dieser Anschuldigungen scheinen plausibel, auch wenn gesicherte Quellen rar sind.

Fakt ist jedoch, dass aus der Gewalt, genauer: aus der Inszenierung der Gewalt und aus der daraus resultierenden Angst eine Art eigener Wirtschaftszweig in Zentralamerika entstanden ist. In den durch lange Gewalterfahrungen geprägten und daher ohnehin schon angstbesetzten Gesellschaften ist es nicht allzu schwer, aus der Androhung von Gewalt Profit zu schlagen. Mit derlei Drohungen werden Erhebungen zufolge nicht nur rund 70 Prozent der privaten Unternehmen erpresst, sondern auch Privatpersonen, von einfachen Familien bis hin zu Schulkindern.² Gezahlt werden muss für ganz alltägliche, triviale Dinge wie etwa das ungehinderte Durchqueren eines kleinräumigen Stadtviertels. Bus- und Taxifahrer sind von solchen Forderungen besonders betroffen und verlieren auf diese Art einen nicht unbeträchtlichen Teil ihrer Einkommen. Aber auch Essensverkäufer*innen am Straßenrand, Wasserverkäufer*innen mit ihren Kleintransportern und viele andere Kleinhändler*innen haben „*la renta*“ zu entrichten. Wer nicht zahlt, muss um sein Leben fürchten. Kurzum: Das Geschäft mit Schutzgeld und Erpressung boomt und die angesichts der fehlenden staatlichen Gewährleistung von Sicherheit und Unversehrtheit entstandene

Schattenwirtschaft floriert.

Staat, Gewalt und Schattenwirtschaft: Einige grundsätzliche Bemerkungen im Kontext Zentralamerikas

Bei der Anwendung des Konzepts der Schattenwirtschaft auf die Jugendgangs in Zentralamerika ist jedoch Vorsicht geboten. Ausgehend von bestimmten theoretischen Prämissen – und teilweise ja auch in Übereinstimmung mit der empirischen Realität – betrachten gängige Ansätze die Bereiche Politik und Ökonomie als grundsätzlich funktional getrennt. Beide Begriffe beschreiben demzufolge zwei voneinander getrennte Sphären sozialer Realität. Die Trennung dieser Sphären und mithin die Unterscheidung von Politik und Ökonomie hat auch eine materielle Grundlage, denn lediglich in etablierten kapitalistischen Gesellschaften sind die beiden maßgeblichen Klassen – Arbeiter*innen und Unternehmer*innen – für ihre jeweilige soziale Reproduktion vom Markt abhängig. Erst unter dieser Bedingung einer von der Politik emanzipieren und ihrem Zugriff entzogenen Ökonomie kann das Mehrprodukt über den Markt angeeignet werden.³

Nur wenn diese voraussetzungsvolle Trennung gegeben ist, kann Ökonomie als friedlicher Tausch und damit als von Gewalt befreit beschrieben werden. Diese Konzeption der Ökonomie als friedliche Marktwirtschaft ist heute kennzeichnend für den Mainstream der Ökonomik, der bis auf einige Ausnahmen dem Thema der Gewalt wenig Beachtung schenkt.⁴ Neben der Trennung von Politik und Ökonomie wird dabei jedoch stets das etablierte staatliche Gewaltmonopol mitgedacht. Konzepte der Schattenwirtschaft haken an dieser Unterscheidung ein und zeigen, wie – gewissermaßen im Schatten der staatlichen Kontrollgewalt – die Trennung zwischen Politik und Ökonomie unterlaufen wird, indem mit der Androhung von Gewalt Zugriff auf Mehrprodukt organisiert und damit Gewinn erwirtschaftet wird. Gibt man jedoch beide Voraussetzungen – das staatliche Gewaltmonopol ebenso wie die Trennung von Politik und Ökonomie – auf, so hat dies weitreichende Konsequenzen für die Gewaltanalyse, da begriffliche Unterscheidungen wie die zwischen politischer und nicht-politischer Gewalt oder zwischen legaler und illegaler Gewalt dadurch verwischen.

Im Kontext Zentralamerikas, so meine These, sind diese Unterscheidungen obsolet, da sie nicht der sozialen Realität entsprechen. Die staatlichen Institutionen sind bis heute nicht imstande, die Ausübung von Gewalt zu kontrollieren und das Gewaltmonopol durchzusetzen,⁵ sei es, weil alternative Gewaltakteure wie Banden oder Milizen zu stark sind oder weil die politischen Eliten den Auf- und Ausbau staatlicher Institutionen nur

halbherzig und mit klientelpolitischen Absichten betreiben.⁶ Beide Gründe sind dafür verantwortlich, dass wir es heute im Prinzip mit oberflächlichen Staaten zu tun haben.⁷ Diese oberflächlichen Staaten sind nicht in der Lage tiefenwirksame Ordnung herzustellen und aufrecht zu erhalten. Oberflächliche Staaten verfolgen zwar vordergründig den Anspruch, Gewalt zu monopolisieren – nicht zuletzt, weil das internationale System und seine Organisationen auf dieser Fiktion beruhen. Sie scheitern mit diesem Anspruch jedoch aus den vorstehend genannten Gründen an der Realität. Auch hier kommen unter anderem materielle Ursachen zum Tragen: In der kolonialen und postkolonialen Geschichte Lateinamerikas fand eine erfolgreiche Trennung von Ökonomie und Politik nicht statt. Beide Sphären überlappten und überlappen sich nach wie vor permanent. Es ist weniger der institutionell eingehegte kapitalistische Klassenkonflikt, der gesellschaftlich bedeutend wurde, sondern vielmehr der Kampf um die politische Aneignung von Pfründen und Renten. In derartigen gesellschaftlichen Kontexten ist der Staat nicht autonom. Er wird ganz im Gegenteil vielmehr von sozialen Gruppen in Beschlag genommen, die seine Institutionen für ihren eigenen Machterhalt nutzen, indem sie Posten und Privilegien verteilen, Renten aneignen beziehungsweise bestehende Verteilungsregeln zu ihren Gunsten oder zum Vorteil ihrer Anhängerschaft ändern.⁸

Für die Analyse von Gewaltakteuren wie etwa den Jugendgangs bringt diese Diagnose erhebliche methodische Probleme mit sich. Denn meist beruhen Statistiken zu Varianz und Häufigkeit von Gewalt auf staatlichen Erhebungen, etwa Kriminalitäts- und Homizidstatistiken. Staatliche Institutionen sammeln, klassifizieren und ordnen Daten, unter anderem auch Daten zu Gewalt.⁹ Wenn jedoch weit über 90 Prozent der begangenen Morde zwar statistisch erfasst, aber nicht aufgeklärt werden oder ermittelte Täter nicht zur Rechenschaft gezogen werden, dann verliert dieses staatliche Wissen jegliche Relevanz. Der Staat klassifiziert etwas, ohne es zu verstehen.¹⁰

Derlei Probleme spiegeln sich auch in der wissenschaftlichen Praxis wider: Wir Gewaltforscher führen Interviews mit Polizisten, mit Würdenträgern, mit Opfern der Gewalt oder auch Angehörigen der Behörden und mit Mitgliedern von NGOs, jedoch nur selten mit den Gewalttätern selbst. Folglich existiert ein blinder Fleck in unserer Forschung, denn die befragten Gruppen verraten uns zumeist nichts über die Gewalt an sich, sondern vielmehr darüber, wie sie selbst – und meist auch der Staat – Gewalt interpretieren und rechtfertigen. In unserer Forschung reproduzieren wir also in einer gewissen Weise immer auch eine staatliche Perspektive auf Gewalt. Das ist umso problematischer, wenn man der Tatsache Rechnung trägt, dass diese Gewalt in staatsfernen Räumen stattfindet und sich nur in Ausnahmefällen gegen den Staat richtet, den sie zumeist gänzlich ignoriert.¹¹

In methodischer Hinsicht muss der zu untersuchende Sachverhalt also anders aufgerollt werden. Anstatt ‚von oben‘ auf die Gewalt zu blicken und zu fragen, welcher gesellschaftlichen Sphäre sie zuzuordnen ist – ob es sich also um politische, kriminelle oder sonstige Gewalt handelt¹² –, empfiehlt es sich, die Gewalt ganz konkret in den Blick zu nehmen und sie dort zu untersuchen, wo sie stattfindet. Dabei gilt es auch zu analysieren, wie sich die Gewalt in den einzelnen Situationen verändert und gegebenenfalls Gewaltsequenzen bildet. Erst im Anschluss daran sollte man wieder einen Schritt zurück treten und die genannten Gewaltphänomene mit makrosozialen Prozessen in Verbindung bringen.¹³

Von lokalen Straßengangs zu transnationalen Gewaltnetzwerken? Die Entstehung der *maras*

Die Entstehungsgeschichte der *maras* reicht zurück zu zwei voneinander unabhängigen Ursprungsorten, den USA und Zentralamerika, deren Akteure sich mehr und mehr miteinander vernetzen. Zentralamerika weist eine besonders lange Tradition von Jugendgangs auf.¹⁴ Die meisten Gangs sind in urbanen Kontexten verortet und bestehen aus Jugendlichen, die teils objektiv, teils subjektiv von sozialem Aufstieg, ökonomischer Entwicklung und wachsendem Wohlstand abgekoppelt sind. Erste Ansätze der Entstehung von Jugendgangs in Zentralamerika lassen sich schon im ausgehenden 19. Jahrhundert erkennen.¹⁵ Ihre Präsenz verstärkte sich in den 1950er- und 1960er-Jahren durch Urbanisierungsprozesse, da durch die einsetzende Importsubstitution und durch die Diversifizierung der Landwirtschaft neue Flächen urbar gemacht wurden und viele der darauf lebenden Kleinbauern vertrieben wurden.¹⁶ Ende der 1980er-Jahre, zu einer Zeit also, in der die Region in politischen Konflikten und Bürgerkriegen versank, existierte in den Ländern Zentralamerikas ein relativ etabliertes, wenn auch sehr stark fragmentiertes Gangsystem. Es gab tausende kleine Jugendbanden, die untereinander nicht vernetzt waren.¹⁷ Sie benannten sich nach Musikgruppen, Filmhelden oder anderen Popikonen. Diese Banden boten ihren Mitgliedern Zusammenhalt, stifteten Identität und banden sie an das lokale Territorium des jeweiligen Stadtviertels, in dem sie agierten. Einige dieser Banden – sogenannte *barras* – entstanden auch zur Unterstützung kleinerer Sportvereine, die sich im Umkreis öffentlicher Schulen bildeten. Dagegen wurden die gewöhnlichen Straßengangs – vergleichbar mit Frederic Thrashers¹⁸ eindrücklichen Beschreibungen des Chicagos der 1930er-Jahre –, *maras* genannt. Diese Jugendbanden standen miteinander im Konflikt, sie verteidigten ihr jeweiliges Territorium und schützten ihre jeweilige lokale Gemeinschaft. Ein größeres Maß an Gewaltausübung durch diese Banden lässt sich zu diesem Zeitpunkt jedoch noch nicht nachweisen. Wenn es zu gewalttätigen

Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Jugendbanden kam, so ähnelten diese eher traditionellen Faustkämpfen auf der Straße („*la rina*“).

Mitte der 1990er-Jahre erfuhr dieses aus zahllosen lokal organisierten Gangs bestehende System einen tiefgreifenden Wandel, der sich auch auf die Gewaltbereitschaft der Gangs auswirkte. Verantwortlich für diesen Wandel war in erster Linie eine Gruppe von Jugendlichen, die sich als „Rückkehrer“ („*retornados*“) beschreiben lassen. Sie waren während der Bürgerkriege als Kinder zusammen mit ihren Familien aus Zentralamerika in die USA geflohen und dort aufgewachsen. Aus Mangel an Alternativen schlossen sich viele von ihnen in den Folgejahren schon existierenden Straßengang an. Die Verschärfung des Ausländerrechts unter der Regierung Clinton hatte zur Folge, dass viele der Jugendlichen, die in den USA nicht selten mit dem Gesetz in Konflikt geraten waren, in ihre Heimatländer ausgewiesen wurden.¹⁹ Dort angekommen, fanden sie sich in einer Gesellschaft wieder, die ihnen fremd war und keinen Ort für sie hatte. Für etliche von ihnen blieb der Anschluss an eine lokale Jugendbande erneut die einzige Option.

Unter dem Einfluss der *retornados* veränderte sich innerhalb weniger Jahre das fragmentierte Gangsystem in Zentralamerika. Es bildeten sich zwei mehr oder minder hegemoniale Großgruppen: die eingangs erwähnten *mara salvatrucha* (MS-13) und der *barrio 18*. Beide Gruppen bekriegen sich seitdem gegenseitig, wobei der Grund für diesen Krieg noch nicht eingehend erforscht ist. Dabei spielten neben Aspekten der Identität auch ganz praktische Erfahrungen eine große Rolle, denn in den betroffenen Ländern Zentralamerikas – El Salvador, Guatemala und Honduras – waren es nicht zuletzt die Sicherheitsapparate selbst, die mit der von ihnen verfolgten Politik zum Erstarren der Gangs beitrugen. Denn auf die Entstehung der beiden Großgruppen reagierten die staatlichen Sicherheitskräfte zunächst mit einer Politik der harten Hand („*mano dura*“). Infolge dieser Strategie wurden Jugendliche schon wegen kleiner Vergehen ins Gefängnis gebracht. Damit nicht genug, waren sie häufig allein aufgrund ihrer Gangtattoos Verfolgung und Repressalien ausgesetzt. Neben anderen Aspekten verunmöglichte dieses Vorgehen staatlicherseits den Ausstieg aus einer der *maras*: einmal Mitglied, immer Mitglied. Eine weitaus wichtigere Komponente aber war die Entscheidung der Behörden, *mareros*, also Mitglieder der gleichen *mara*, in denselben Gefängnissen zu inhaftieren, um das Konfliktpotenzial unter den Inhaftierten möglichst gering zu halten.²⁰ Diese Maßnahme hatte jedoch zur Folge, dass sich innerhalb weniger Jahre *maras* über nun fest etablierte Informationskanäle auch in den Gefängnissen professionalisierten und klare Rangstrukturen ausprägten, was wiederum Spuren in der Gewaltpraxis hinterließ.

Hatte man den *gang turf*, also das von einer Gang kontrollierte Gebiet, bis dahin als Quelle von Identität und Zusammenhalt verstanden, ging der nun zwischen den Großgruppen herrschende Konflikt um Hegemonie mit einer Ausweitung der Kampfzone einher, die vermehrt den Einsatz von Ressourcen und nicht zuletzt von Waffen erforderlich machte. Neben seiner identitätsstiftenden Funktion avancierte das Territorium nun auch zu einer ökonomischen Ressource.²¹ In der Folge eigneten sich *maras* die Fähigkeit an, Gewalt zur Erwirtschaftung von Gewinn einzusetzen. Die Monopolisierung von Bedeutungsinhalten, also die Ausprägung der spezifischen Gangkultur (etwa im Hinblick auf gemeinsame Tattoos und sprachliche Besonderheiten) der beiden großen *maras* wurde damit nun auch materiell unterfüttert. Anders ausgedrückt: Die *maras* lernten, durch den Einsatz von Gewalt Geld zu ‚verdienen‘.²² Die Gangkultur und ihr selbstbezüglicher Diskurs thematisierte von nun an auch diese ökonomische *Funktion*. Das geschah in zwei Schritten: Zunächst avancierte der Primärkonflikt zur jeweils konkurrierenden *mara* immer häufiger zum Ausgangspunkt für brutal inszenierte Gewalttaten. In diesem Konflikt konnte zwar der Gegner nicht dauerhaft überwunden werden, aber die Gewalt wurde genutzt, um eine Schreckensreputation aufzubauen und so nicht nur beim Gegner, sondern auch in der Bevölkerung Angst zu schüren. Was dabei in erster Linie zählte, war weniger die tatsächliche Stärke als vielmehr deren glaubhaft vermitteltes Ausmaß. Mit inszenierter Gewalt und gezielter Brutalität wurde ein entsprechendes Image erschaffen und öffentlich kultiviert. Dabei stand zunächst der Konflikt zwischen den unterschiedlichen *maras* im Vordergrund. In einem zweiten Schritt wurde die derart aufgebaute Schreckensreputation dann auch zur Erpressung von Schutzgeldern im eigenen Territorium genutzt. Für das Geschäft war nicht die wirklich ausgeübte Gewalt entscheidend, sondern deren glaubhafte Androhung.

Gewalt und Ökonomie der Jugendbanden

Schätzungen gehen davon aus, dass die *maras* in El Salvador bis zu 70.000 Mitglieder umfassen (zum Vergleich: Guatemala 22.000 und Honduras 12.000).²³ In El Salvador soll alleine die besonders berüchtigte Untergruppe *MS-13* im Jahr 2016 einen Gewinn von 31,2 Millionen US-Dollar ‚erwirtschaftet‘ haben. Ein Großteil dieses Geldes stammt angeblich aus Schutzgeldpressungen.²⁴ In einer Gesellschaft, in der nach wie vor etwa ein Viertel der Bürgerinnen und Bürger als arm gelten, sind 31 Millionen US-Dollar eine Menge Geld. Ganze Straßenzüge werden von einzelnen *clikas* der großen *maras* kontrolliert und sogar hochrangige Politiker müssen ‚Eintrittsgelder‘ bezahlen, wenn sie in bestimmten Stadtvierteln beispielsweise Wahlkampfveranstaltungen oder Kundgebungen abhalten wollen. Nicht zuletzt aufgrund des Umfangs der umgesetzten Geldmengen werden *maras*

sowohl von den zentralamerikanischen Sicherheitsbehörden als auch von den USA mittlerweile der organisierten Kriminalität zugeordnet. Die *mara salvatrucha* etwa avancierte dadurch zur „*most dangerous street gang in the americas*“.²⁵ Zudem werden vermehrt Stimmen laut, die davor warnen, dass *maras* in den nördlichen drei Ländern Zentralamerikas zunehmend dem Staat gefährlich werden beziehungsweise – entgegen ihrer früheren Gewohnheit – immer öfter sogar direkt gegen ihn agieren würden.²⁶

Allerdings ist auch bei solchen Aussagen Vorsicht geboten, denn allzu schnell wird von der sich brutalisierenden Gewalt und deren öffentlicher Inszenierung auf vermeintliche politische Motive und Intentionen der *maras* geschlossen. Einstweilen muss jedoch offenbleiben, ob überhaupt, und wenn ja in welchem Ausmaß *maras* nun zu politischen Akteuren avancieren. Auf der einen Seite spricht viel dafür: Tatsächlich haben *maras* bereits mehrfach nationale Ausgangssperren verhängt und damit zumindest in größeren Städten wie San Salvador oder Guatemala Stadt für chaotische Zustände gesorgt. Verschiedentlich ließen sich Ganganführer außerdem auf quasi offizielle Verhandlungen über eine Reduktion der Gewalt ein. Auf der anderen Seite sind derartige Schlichtungsversuche bisher jedoch aus vielerlei Gründen immer wieder gescheitert – nicht zuletzt auch deswegen, weil die Verhandlungsführer es nicht vermochten, für alle Gangmitglieder zu sprechen. Damit stellte sich das Bild von einer straff und hierarchisch geführten Organisation mit einer zentralen Befehlsstruktur sehr schnell als Illusion heraus. Aber auch die erwähnte Größe der von den *maras* angeblich erwirtschafteten Geldmenge wirft Fragen auf: Erhielten alle Mitglieder den gleichen Anteil – was sicherlich nicht der Fall ist –, so bekäme jedes Mitglied wöchentlich circa 20 US-Dollar. Neben den Ausgaben für den eigenen Lebensunterhalt müssen viele Gangmitglieder davon aber auch noch das Überleben ihrer Angehörigen finanzieren, weil mittlerweile ganze Familien vom Einkommen der *mareros* abhängig sind. Zählt man weitere Kosten hinzu – etwa für Anwälte, Waffen, Munition, Autos oder die Versorgung von inhaftierten Gangmitgliedern –, so reduzieren sich die tatsächlichen Einnahmen der *mara* und damit auch der einzelnen *mareros* erheblich.

Fest steht, dass Schutzgelder aufgrund des Konflikts zwischen den verfeindeten *maras* von keiner der beiden Gruppen beliebig erhöht werden können. Schutzgelder beruhen auf *Gewaltandrohung* und damit auf einer Reputation des Schreckens, jedoch nicht auf tatsächlicher *Gewaltanwendung*. Würde also zunehmend Gewalt gegen die Zahler*innen der Schutzgelder eingesetzt, wirkte die Gewalt inflationär auf die Reputation des Schreckens und die Wirkung würde verfehlt oder stieße auf wachsenden Widerstand, was die Kosten für die Erwirtschaftung von Schutzgeldern steigerte.

Maras befinden sich daher in einer spezifischen Gewaltlogik: Um selbst überleben zu können, müssen sie aus der Androhung und Anwendung von Gewalt Gewinn schlagen und Schutzgelder erpressen. Weil sie aber nicht die einzigen Akteure sind, die sich dieser Form der Aneignung von Ressourcen bedienen, stehen sie gleichzeitig in Konkurrenz mit anderen Gewaltakteuren – mitunter nicht nur mit der verfeindeten *mara*, sondern auch mit Todesschwadronen, privaten Sicherheitsunternehmen oder Mitgliedern offizieller Sicherheitsinstitutionen wie Polizei oder Militär.²⁷ Die einzige Ressource, die ihnen zur Verfügung steht und die ihnen zumindest zeitweise das Überleben sichert, ist ihre eigene Kampfkraft und – noch wichtiger – die öffentlich verbreitete Reputation. Durch den fortgesetzten Kampf gegeneinander schafft es keiner der beteiligten Gewaltakteure, die Gewalt oder die Angst vor der Gewalt dauerhaft zu monopolisieren und damit übergeordnete Institutionen zu erschaffen oder aufrecht zu erhalten.

Die von den Jugendgangs in Zentralamerika ausgeübte Gewalt unterliegt daher einem Mechanismus der Autoreproduktion, der aus der relativen Schwäche aller beteiligten Gewaltakteure resultiert: Keiner von ihnen vermag eine dauerhaft stabile, institutionell gestützte Form von Herrschaft aufzubauen und gegenüber rivalisierenden Akteuren zu verteidigen. Es ist diese fragmentierte Form von Gewalt, die noch mehr Angst hervorruft und damit Trittbrettfahrer anlockt. Für die Erpressung von Schutzgeldern ist eben weniger die tatsächliche Ausübung von Gewalt erforderlich – obwohl es diese von Zeit zu Zeit braucht, um nicht als schwach zu erscheinen –, sondern in erster Linie deren überzeugende Androhung. Begründet und damit in gewisser Weise glaubhaft ist das von den *maras* erzeugte Gefühl der Angst jedoch nur, wenn es den Test an der Realität besteht. Methodisch wird es für Gewaltforscher*innen daher zunehmend schwerer, zwischen der Gewaltpraxis selbst und dem öffentlichen Diskurs über sie zu unterscheiden. Das Problem stellt sich aber nicht nur auf Seiten der Forschung, sondern in ungleich schärferer Form auch für die von der Gewaltpraxis Betroffenen: Schon heute sind Fälle bekannt, in denen anonyme Anrufer mit einigen wenigen Informationen am Telefon eine Geldsumme fordern. Schenkt man ihnen Glauben, bleiben nur zwei Möglichkeiten: bezahlen oder verschwinden.

So betrachtet greift das Konzept der Schattenwirtschaft im Kontext der hier vorgestellten Jugendbanden zu kurz. Es beruht auf einer Trennung von Politik und Ökonomie, die es in dieser Form in Zentralamerika nicht gibt. In Zentralamerika handelt es sich gerade nicht um einen „Gewaltmarkt“²⁸ im Schatten des Staates. Der Staat wirft in Zentralamerika keinen Schatten, aus dem einfachen Grund, dass er zu klein und zu flach ist; und Gewalt ist in Zentralamerika auch keine Ware, die sich die Akteure abkaufen lassen. Die Situation ist deutlich problematischer, stellt der gezielte und kontrollierte Einsatz von Gewalt doch für

viele Akteure die einzige Einkommensquelle dar und ist somit letztlich ein Garant fürs Überleben. Mit Gewalt kann eine „Arbeitsrente“²⁹ erpresst werden. Dieser Prozess ist jedoch beides zugleich: er ist sowohl ökonomisch als auch politisch. Dadurch, dass sich verschiedene, mehr oder minder gleich starke Gewaltakteure – einschließlich des Staates – in Zentralamerika gegenseitig behindern, sich aber nicht dauerhaft überwinden können, erzeugen sie ein sich selbst prekär stabilisierendes System: Gewaltakteure wie die *maras* profitieren davon – auf Kosten der Bevölkerung.

Endnoten

1. Für einen Überblick siehe Instituto de Investigaciones Económicas y Sociales et al. (Hg.), *Maras y pandillas en Centroamérica*, Vol. I, Managua / San Salvador 2001; dies., *Maras y pandillas en Centroamérica*, Vol. II: *Pandillas y capital social*, Managua / San Salvador 2004; dies. (Hg.), *Maras y pandillas en Centroamérica*, Vol. III: *Políticas juveniles y rehabilitación*, Managua / San Salvador 2004; Thomas C. Bruneau / Laura Dammert / Elizabeth Skinner (Hg.), *Maras. Gang Violence and Security in Central America*, Austin, TX 2011; Heidrun Zinecker, *Gewalt im Frieden. Formen und Ursachen der Gewaltkriminalität in Zentralamerika*, Baden-Baden 2014.
2. Fundación Salvadoreña para el Desarrollo Económico y Social (FUSADES), [Informe de Coyuntura Legal e Institucional del Primer Semestre 2014](#), San Salvador 2014.
3. Ellen M. Wood, *The Question of Market Dependence*, in: *Journal of Agrarian Change* 2 (2002), 1, S. 50–87; Hartmut Elsenhans, *Wirtschaftsliberalismus ohne bürgerliche Revolution. Wer stützt die liberale Weltwirtschaft im Süden?*, in: Wolfgang Hein (Hg.), *Umbruch in der Weltgesellschaft. Auf dem Weg zu einer „Neuen Weltordnung“?*, Hamburg 1994, S. 101–124.
4. Typisch etwa Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, Tübingen 1922. Webers Definition des Marktes fokussiert auf das Vorhandensein von Konkurrenz (S. 364), die er wiederum definiert als „friedlichen Kampf“ (S. 20). Der Mainstream der Ökonomik öffnete sich der Analyse der Gewalt erst durch Modelle, die einen anarchischen Zustand à la Hobbes postulieren, und damit explizit das Definitionskriterium des friedlichen Tausches fallen lassen. Siehe etwa Jack Hirshleifer, *The Analytics of Continuing Conflict*, in: *Synthese* 76 (1988), 2, S. 201–233.
5. Michael Riekenberg, *Geteilte Ordnungen. Eine Geschichte des Staates in Lateinamerika*, Frankfurt am Main / New York 2017.
6. Sebastian Huhn / Hannes Warnecke-Berger, *The Enigma of Violent Realities in Central America. Towards a Historical Perspective*, in: dies. (Hg.), *Politics and History of Violence and Crime in Central America*, New York 2017, S. 1–22.
7. Hannes Warnecke-Berger, *Politics and Violence in Central America and the Caribbean*, London / New York 2018. Diese oberflächlichen Staaten können keine tiefgreifenden

Wirkungen entfalten und damit verpufft ihre Ordnungsprojektion. Ein ähnliches Konzept findet sich in den Begriffspaaren „overextended state“ und „underconsolidated state“. Siehe dazu Peter Wallensteen, State Failure, Ethnocracy and Armed Conflict. Towards New Conceptions of Governance, Paper presented at the Failed States Conference, Purdue University, West Lafayette, February 25–27, 1998.

8. Hannes Warnecke-Berger, [Capitalism, Rents and the Transformation of Violence](#), in: International Studies 57 (2020), 2, S. 111–131.
9. James C. Scott, Seeing Like a State. How Certain Schemes to Improve the Human Condition Have Failed, New Haven, CT / London 1998.
10. Siehe zu diesem problematischen Verhältnis etwa Graham D. Willis, Before the Body Count. Homicide Statistics and Everyday Security in Latin America, in: Journal of Latin American Studies 49 (2017), 1, S. 29–54.
11. Michael Riekenberg, Staatsferne Gewalt. Eine Geschichte Lateinamerikas (1500–1930), Frankfurt am Main / New York 2014.
12. Die kategoriale Erfassung von Gewalt in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen wird meist über den (ausschließlichen) Rückgriff auf Motive zur Gewalt gelöst. Dabei wird dann politische von krimineller Gewalt getrennt, wobei sich letztere in soziale und ökonomische Gewalt aufsplittet. Siehe dazu überblicksartig Caroline Moser, Urban Violence and Insecurity. An Introductory Roadmap, in: Environment and Urbanization 16 (2004), 2, S. 3–16.
13. Für einen derartigen Ansatz siehe Warnecke-Berger, Politics and Violence.
14. Wim Savenije, [Maras y Barras. Pandillas y violencia juvenil en los barrios marginales de Centroamérica](#), San Salvador 2009.
15. Hannes Warnecke-Berger, Forms of Violence in Past and Present. El Salvador and Belize in Comparative Perspective, in: Huhn / Warnecke-Berger (Hg.), Politics and History of Violence and Crime, S. 241–279.
16. James Dunkerley, Power in the Isthmus. A Political History of Modern Central America, London / New York 1988.

17. Deborah Levenson, Las „Maras“. Violencia Juvenil de Masas, in: Polemica 7 (1989), S. 2–12; Argueta Rosales, SG / Caminos Alemán, GS / Mancía Peraza, MR et al., Diagnostico sobre los grupos llamados „maras“ en San Salvador. Factores psicosociales que prevalecen en los jóvenes que los integran, in: Revista de Psicología de El Salvador 11 (1992), 43, S. 53–84; M. Smut / J.L.E. Miranda, El Fenómeno de las Pandillas en El Salvador, San Salvador 1998.
18. Ein nicht unerheblicher Teil der Gangforschung wurde durch die Chicago School angeregt. Vgl. Frederic M. Thrasher, The Gang. A Study of 1,313 Gangs in Chicago, Chicago, IL 1927; William F. Whyte, Street Corner Society. The Social Structure of an Italian Slum, Chicago, IL 1943. Für einen Überblick siehe etwa John Hagedorn, A World of Gangs. Armed Young Men and Gangsta Culture, Minneapolis, MN 2008.
19. Zum Ursprung der *maras* in den USA siehe T. W. Ward, Gangsters Without Borders. An Ethnography of a Salvadoran Street Gang, Oxford / New York 2013.
20. José Miguel Cruz (Hg.), Street Gangs in Central America, San Salvador 2007.
21. Hannes Warnecke, [Gewaltpraxis zwischen Kultur, Kognition und Ökonomie. Das Beispiel der Jugendbanden in El Salvador](#), in: Heidrun Zinecker (Hg.), [Gewalt und Kognition – Beispiele aus Lateinamerika, Südosteuropa und dem Kaukasus](#), Leipzig 2013, S. 8–31.
22. Jüngere Ansätze der Gangforschung erklären aus diesem Zusammenhang auch die Inszenierung von Geschlechterrollen und die Hypermaskulinität von gewalttätigen Jugendgangs. Siehe etwa Andrew V. Papachristos, [Murder by Structure. Dominance Relations and the Social Structure of Gang Homicide](#), in: American Journal of Sociology 115 (2009), 1, S. 74–128.
23. Zusammenfassend mit weiteren Literaturhinweisen siehe International Crisis Group (ICG), [Mafia of the Poor. Gang Violence and Extortion in Central America](#), Brussels 2017.
24. Óscar Martínez / Efrén Lemus / Carlos Martínez / Deborah Sontag, [Killers on a Shoestring. Inside the Gangs of El Salvador](#), New York Times, 20.11.2016. Diese Schätzungen beruhen auf den Ergebnissen einer nationalen Polizeiaktion, die sich zum Ziel setzte, Ganggewalt einzudämmen. Es konnten aus dieser Aktion zwar Informationen über die interne Struktur der *maras* gewonnen werden, die Gewalt

nahm jedoch nicht ab.

25. Sonja Wolf, Mara Salvatrucha. The Most Dangerous Street Gang in the Americas? in: Latin American Politics and Society 54 (2012) 1, S. 65–99.
26. Für einen Überblick vgl. Instituto Universitario de Opinión Pública, La situación de la seguridad y la justicia 2009-2014. Entre expectativas de cambio, mano dura militar y treguas pandilleras, San Salvador 2014.
27. Zu diesen Gewaltakteuren siehe etwa Hannes Warnecke-Berger, Todesschwadronen, soziale Säuberungen, Polizeigewalt. Gewalt in Zentralamerika und die Rechtswende in Lateinamerika, in: Patrick Eser / Jan-Henrik Witthaus (Hg.), Rechtswende in Lateinamerika. Politische Pendelbewegungen, sozioökonomische Umbrüche und kulturelle Imaginarien in Geschichte und Gegenwart, Wien 2020, S. 223–243.
28. Siehe zum Konzept des Gewaltmarktes Georg Elwert, Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt, in: Trutz von Trotha (Hg.): Soziologie der Gewalt, Opladen 1997, S. 86–101. Zur theoretischen Kritik dieses Ansatzes vgl. Michael Riekenberg, Fuzzy Systems, Max Horkheimer und Gewaltkulturen in Lateinamerika, in: Ibero-Amerikanisches Archiv 25 (1999), 3, S. 309–323.
29. Karl Marx entwickelt diesen Begriff in seiner Rententheorie. Vgl. Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Dritter Band: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion¹⁸⁹⁴, in: MEW, Band 25, Berlin 1972, S. 757 ff.

Hannes Warnecke-Berger

Dr. Hannes Warnecke-Berger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Kassel. Seine Forschungsschwerpunkte sind Globale und Internationale Politische Ökonomie, Entwicklungstheorie und -politik, Rohstoffpolitik und Extraktivismus, Nord-Süd-Beziehungen sowie Friedens-, Konflikt- und Gewaltforschung. Er koordiniert den BMBF-Projektverbund www.extractivism.de zwischen der Universität Kassel und Marburg.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Karsten Malowitz.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.soziopolis.de/das-geschaeft-mit-der-angst.html>